

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Verd. A. Tzschopp, 30 mm Br. Kolonial-
gasse oder deren Raum mit 40 Pf.
brennt an in unseren Annahmestellen
in allen Anzeigenverträgen
angewandt. Reklamen die 25 mm
breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-
Annahmestellen vorm. 11 Uhr,
für die Sonntags-Dr. abends
5 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Vertriebsstelle: Halle,
Rena Promenade 16, Gr. Braun-
hausstr. 17. Neben-Vertriebsst.:
Mertl 24 und Große Str. 22.

Die Halle monatlich bei zweimaliger
Lieferung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.50 Mark
ausschließl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlichen Zeitungsgesetz sind unter
Zeitungsgesetzungen, für un-
terliegenden eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Erlaubnis-
gebung der Zeitschrift gestatten.
Kontost. der Geschäftsleitung Nr. 1149,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Zeitschrift-Abteilung Nr. 1133;
Postkassen-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 477.

Halle, Freitag, den 11. Oktober.

1918.

Alle Angriffe gescheitert.

Das Ausland über Wilsons Antwort — Zusammenschluß der Deutschen in Oesterreich — Die finnische Königswahl.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 10. Oktober abends. (Umständl.)
Vor unseren neuen Stellung an der Schlachtfront öst-
lich von Cambrai und St. Quentin und auf beiden
Massenfronten sind feindliche Angriffe gescheitert.

Wiener Bericht.

Wien, 10. Oktober. Umständl. wiederholbar:
Italienischer Kriegsschauplatz.
Stellenweise beschärfte italienische Erdkundungsaktivität.
Balkankriegsschauplatz.
Am Stambul scheiterte der Uebergangsvorstoß italienischer
Kreuzer-Abteilungen.
Nordöstlich und östlich von Pestowac haben sich Kämpfe
entwickelt.
Südlich an den Fronten wurden serbische und montene-
grinische Verbände aufgerieben.
Westlich Kriegsschauplatz.
Westlich von Verdun, bei Baumont schlugen unsere
Träger im Verein mit rheinischen Regimentern schwere Stürme
heftig zurück.
Der Chef des Generalstabes.

Die Ansichten der französischen Presse.

Genf, 10. Oktober. Die ersten in der französischen Presse
vorliegenden Besprechungen über die Antwort Wilsons auf
die deutsche Note lassen erkennen, daß man in der Entente
auf Festigung der Waffenstillstands- und Friedensverhand-
lungen reduziert. Der „Petit Parisien“ verurteilt dies so zu
erklären, als ob Wilson die politische Gegenoffensive gegen
die Friedensoffensive der Mittelmächte eröffnet habe, wie
vorher Marshall noch die militärische Gegenoffensive.
Die französische Regierung ist bemüht, vor ihrem Volke die Tat-
sache zu verbergen, daß sie ein neues Kriegsjahr für un-
möglich hält und daß trotz aller Ueberreibungen der bisherigen
Erfolge Joffre die Regierung tatsächlich von dem Gefühle
belehrt ist, daß die viel erarbeitete „letzte Viertel-
kunde“ des Krieges gekommen ist.

Lansdowne über das deutsche Friedenssuchen.

Haag, 10. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Aus London
wird gemeldet: In einem Interview erklärte Lansdowne,
daß die Note des Kanzlers an Wilson der Ausdruck der be-
rechtigten Friedenswünsche ist. Die Bedingungen in der
Antwort Wilsons seien, wie Lansdowne sagte, sehr reichlich.
Mit Bezug auf den Beschlag eines Waffenstillstandes sagt
Lansdowne, daß nach seiner Meinung nicht die Rede davon
sein könnte, die auf allen Fronten erfolglosen Operationen
einzustellen, denn dadurch würde dem Feinde eine Er-
holungspause gegeben sein, sowie die Möglichkeit, seine Hilfs-
quellen aus neue zu organisieren. Ein Waffenstillstand
sei nur dann möglich, wenn die Garantien, die Wilson ver-
langt, tatsächlich gegeben werden.

Was die „Times“ verlangen.

Haag, 10. Oktober. (Privattelegramm.) Reuter meldet
vom 10. Oktober aus Washington: Was hat von maßgebender
Seite die Erklärung erhalten, daß Wilson nicht die Absicht
habe, mit Bezug auf den Beschlag eines Waffenstillstandes
mäßiger Besprechungen einzutreten.
Ueber die von Wilson erteilte Antwort liegen weitesthin
folgende englische Pressefaksimiles vor: Die „Times“ sagen:
Für die Alliierten wird Wilsons Antwort als entscheidend
und weise gelten. Seine Bedingung auf Abkündigung der be-
setzten Gebiete lehnt sich auch auf das Gebiet des
früheren zuffischen Reichs und auf die bestetzten
Gebiete Frankreichs, Belgiens, Italiens und Serbiens. Es
ist zweifellos für Deutschland, irgendeinen Unterschied zu kon-
statieren zwischen den besetzten Gebieten, in denen es kämpft,
und den besetzten Gebieten, in denen es den Frieden
worsehnen hat. In dieser Beziehung ist die Antwort vor
allem entscheidend, da sie eine Garantie gibt, daß der Feind
keinen Nutzen aus dem Waffenstillstande ziehen kann. Sie
lehnt nicht einmal Deutschland für den Fall des Waffenstill-
standes zu, falls es die besetzten Gebiete räumt, sondern die
Abkündigung ist die erste, ohne weiteres die einzige Be-
dingung, die erfüllt werden muß, bevor es möglich sein
wird, einen Waffenstillstand zu erwägen.

Amtliche italienische Auslassung.

Mailand, 10. Oktober. (Privattelegramm.) Aus Rom
wird gemeldet: Eine amtliche Note besagt: Die erste Antwort
der amerikanischen Regierung sei so, wie sie für den ganzen Viel-
völkerbund erwartet hätte. Die Ausrichtungen der Wilsonschen

Antwortnote bildeten den klaren Beweis zur Verbefähigung
eines dauerhaften Friedens. Jetzt sei es an den Mittel-
mächten, mit der Zeit zu bemerken, daß sie bei der Abwendung
des Waffenstillstandsverschlages sich von ehrlichem Geiste leiten
lassen, von dem Präsident Wilson die Möglichkeit abhängig
macht, Verhandlungen schon jetzt zum Abschluß zu führen.
In dieser Beziehung heißt es, an den Ideen festzuhalten,
welche die Entente pflegt, und einen neuen Beweis des
wunderbaren Widerstandes abzulegen, den Italien in den
entschiedenen und höchsten Augenblicken seines nationalen
Lebens stets zeigte. Dieser ihrer Pflicht bewußt, gehe die
Regierung in vollständigen Einvernehmen mit ihren Mit-
gliedern vor und sei sicher, damit den einmütigen Willen des
Volkes auszuführen.

Die Haltung der Sozialisten.

Berlin, 10. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Su-
manit“ berichtet: Die sozialistischen Kammerparteien ein-
schließlich der Thomanngruppe erachten die deutschen Friedens-
wünsche als geeignete Grundlage für Friedensverhand-
lungen. Ohne Bedingungen dürfe es aber auch nach der Mei-
nung der Kammersozialisten keinen Waffenstillstand geben.

Vor einer neuen Proklamation Kaiser Karls.

Frankfurt a. M., 10. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die
„Frankf. Zig.“ meldet aus Wien: Wie verlautet, steht für
die kommenden Tage eine Proklamation des Kaisers „An
seine Völker“ bevor, die sich auf das Selbstbestimmungs-
recht der Nationen bezieht. Die außerpolitisch-vorgänge werten
auf die innerpolitische Lage weiter zurück. Beispielsweise
hat der Thronerbsen Jahrgang in einer Rede gesagt, er habe
es werde die letzte Rede sein, die er in diesem Parlament
halte.

Der Zusammenschluß Deutsch-Oesterreichs.

Wien, 10. Oktober. Bei den gemeinsamen Besprechungen der
drei großen Gruppen des Abgeordnetensaales, der Christlich-
Sozialen, der Deutschnationalen und der deutschen Sozialdemo-
kraten, wurde heute vollkommene Einstimmigkeit in allen Punkten er-
reicht. An den Beratungen nahmen auch Vertreter der Deutsch-
freiwirtschaftlichen Vereinigung und der Alldeutschen Vereinigung teil.
Die Christlich-Sozialen hatten eine von den Sozialdemokraten
etwas abweichende Resolution eingebracht. Weitere Schritte
sollen erst erfolgen, wenn die politischen Ereignisse die Deutschen
Oesterreichs zur Aktion aufrufen werden. Die Verhandlungen
werden fortgesetzt.
Das Parlament dürfte nach diese Woche vertagt werden.

Schwierige Lage des Kabinetts Hussarek

Wien, 10. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Im parla-
mentarischen Kr. ist die Situation der Regierung
Hussareks als unhaltbar bezeichnet. Die Alldeutschen und ihre
Freunde wollen sich infolge der Zerteilung der böhmischen
Landesverwaltung nicht einmal auf den Verhandlungsweg
mit dem Pr. führen von Hussarek stellen. Auch die Südslaven
bekämpfen ihn entschieden, wenn sie auch augenblicklich nicht
mit besonderen Nationen hervorreten. Infolge der auswir-
kungen Politik erachtet es eine Reihe von österreichischen
Wählern für notwendig, eine ausprobierte Friedensregierung
zu schaffen und nennt auch heute als deren prädestinierten
Mann den Herrnhauensitzler Graf Dr. Kammerer, der
auch bei der Opposition ein gewisses Maß von Vertrauen
genießt, und möglicherweise von den Sozialdemokraten aller
Nationen unterstützt werden würde, obwohl er katholischer
Gefinnung ist.

Vom Reichstag.

Berlin, 10. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Im Laufe
des heutigen Tages hatten sich verschiedene Abgeordnete im
Reichstag ein, um sich zu orientieren. Auch der Reichstags-
präsident Prinz Max von Baden wollte zeitweilig im Hause. Beratungen
finden nur die konservative Partei und die Nationalliberalen
ab. An den Beratungen der Konstanten nahm auch der Ab-
geordnete Sanderbrand teil, dessen Beibehalten bei der letzten
Reichstagsungleichheit hervorgehoben und auf einen durch die Ge-
richte verurteilten Kernzusammenbruch zurückgeführt
wurde.
Ueber den Zutritt der Volkserklärung des Reichs-
tages steht gleichfalls die Entscheidung noch aus, da sich der
Verfassungsausschuss mit der Konstanten Anregung erst beschäftigen
müßte. Es wird nicht mit einem Zutritt in dieser Woche
gerechnet.

Die Verwendung der Mittel für die Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Aufgabe der Heeresverwaltung ist es, die Gesundheit
und Erwerbsfähigkeit der im Dienste verwundenen und
krankten Krieger so weit wie irgend möglich wiederherzu-
stellen. Die Militärverwaltung machte sich, um dieses Ziel
zu erreichen, die neuesten Erfindungen der ärztlichen
Kunst und Wissenschaft zunutze. Wenn Wundungen und Ver-
luste von Gliedern Stützapparate und Ersatzglieder erforder-
lich machen, so stellt sie auch diese in der nach dem heutigen
Stand der Technik vollkommensten Weise zur Verfügung.
Soweit durch die Dienstbeschädigung die Erwerbsfähig-
keit des als dienstantäglich Entlassenen beschränkt ist, ge-
währt das Reich die geleglich fehlgelegte Rente. Daß ihre
Höhe den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht, ist
von allen Seiten, auch von der Reichsregierung und dem
Reichstag, längst anerkannt worden. Ein Entwurf zur Ab-
änderung des Militär-Verordnungsgesetzes ist bereits aus-
gearbeitet. Bis zur Gesetzgebung der Umänderungen gewährt
die Heeresverwaltung Rentenzuschüsse und in Bedarfssfällen
zur Milderung von Härten Zuwendungen und Unter-
stützungen (Kriegsbeihilfen).
Nag aber auch diese Neuregelung der gesetzlichen Ver-
ordnung für unsere Kriegsbeschädigten nach so günstig aus-
fallen, so kann es doch nie ihr Zweck und ihre Absicht sein,
den Kriegsbeschädigten, abgesehen von denen, deren Be-
schädigung so schwer ist, daß sie zu keiner Arbeit mehr fähig
sind, ein unangenehm Rentenleben zu ermöglichen. Im In-
teresse der Kriegsbeschädigten selbst wie auch unserer Volks-
wirtschaft ist es unbedingt nötig, daß die Kriegsbeschädigten
wieder ihren Beruf ausüben, der sie voll befähigt und ihnen
ihre frühere Arbeitsfreudigkeit wiedergibt. Ihnen dazu zu
verhelfen, ist der höchste Dank der Heimat an ihre Ver-
teidiger, die für sie Gesundheit und Arbeitskraft gewährt.
Diese Aufgaben will die im Reichsausschuß der Kriegs-
beschädigtenfürsorge zusammengeschlossene amtliche bürger-
liche Kriegsbeschädigtenfürsorge erfüllen. Ihr hierfür nach
über die Zustände des Reichs hinausgehende Mittel zuzu-
führen, war der Zweck der Ludendorff-Spende, in deren
reichem Ertragnis das deutsche Volk seinen tapferen Kämpfern
in würdiger Weise seine Dankbarkeit und Liebe bezeugt hat.
Diese Mittel sind nicht etwa in erster Linie dazu be-
stimmt, den einzelnen Kriegsbeschädigten Barunterstützungen
zu gewähren, sondern sie sollen vor allem der Ausübung
sozialer Fürsorge dienen, deren oberster Grundsat es ist, die
Erwerbsfähigkeit und Erwerbsmöglichkeit zu heben und
wiederherzustellen.

Weisung werden die Kriegsbeschädigten, besonders die
Kriegsstranzen, auch nach der Entlassung aus dem Heeres-
dienste einer ergänzenden Fürsorge bedürfen. Die ihnen,
soweit sie nicht durch die Sozialversicherung und die Heeres-
verwaltung gedeckt wird, die bürgerliche Kriegsbeschädigten-
fürsorge im Verein mit der Anstalts- und Arbeiterfürsorge des
Reichsausschusses vom Reichstag zuteil werden läßt. Viele
Kriegsbeschädigte müssen ihre durch die Verwundung in ihrer
Gebrauchsfähigkeit behinderten Glieder wieder anlernen und
einüben, um ihrem alten Beruf nachgehen zu können.
Manche vermögen auch ihr Handwerk oder Gewerbe nicht
mehr im vollen Umfang auszuüben; diejenige muß Gelegen-
heit geboten werden, ihre theoretischen Kenntnisse zu verwirk-
lichen, damit sie in eine leitende oder aufstiegsführende
Stellung kommen können. Wieder andere macht aber ihre
Verwundung oder Krankheit überhaupt zum alten Beruf
untauglich. Sie müssen zu einem neuen Erwerbe umlernen.
Die Kosten für derartige Ausbildungsgelassenheiten sowie für
die Arbeitsvermittlung trägt, soweit nicht die Heeresver-
waltung hierzu in der Lage ist, regelmäßig die bürgerliche
Kriegsbeschädigtenfürsorge. Während der Zeit, in der der
Kriegsbeschädigte sich einer Heilbehandlung unterzieht
oder seiner Ausbildung obliegt und daher nichts zu seiner Rente
hinzuzuerdienen vermag, reicht letztere häufig zum Unter-
halte des Kriegsbeschädigten selbst und seiner Familie nicht
aus. In solchen Fällen muß ein Zuschuß gewährt werden,
damit nicht er und seine Familie, was jedenfalls vermieden
werden soll, aus der bisherigen sozialen Schicht herabsinkt
oder gar der Armenpflege anheimfällt. Vermag der Kriegs-
beschädigte infolge seiner Beschädigung nicht mehr so viel zu
seiner Rente hinzuzuerdienen, um seinen Kindern die Er-
ziehung angehen zu lassen, die er ihnen sonst hätte zuteil
werden lassen, so muß auch hier die bürgerliche Kriegs-
beschädigtenfürsorge eingreifen. Von besonderer Wichtigkeit
ist Zuschüsse zum Unterhalte der Familie in den Fällen,
wo ein mit unheilbarer Tuberkulose befallener Krieger nach
der Unterabfertigung nicht von seiner Familie trennen will
und so auch die Gesundheit von Frau und Kindern gefährdet.
Vor allem unter den Kriegsstranzen werden viele leben, deren
Geldern ein weiteres Arbeiten in den wunden Verkränkten
und gerandoltenen Familien nicht mehr gestattet und die
sich möglichst viel in frischer Luft zu halten müssen. Sie
sollen möglichst auf einem kleinen ländlichen Anwesen an-
geheilt werden, das sie mit Hilfe von Frau und Kindern

weiterzugesuchen und aus dem für die Familie nötigen Unterhalt herausarbeiten können.

Mammiförmige Art sind also die Aufgaben der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge, die vielfach nicht das Leben selbst. Allgemeine Grundsätze lassen sich hier für schwer aufstellen. In jedem einzelnen Falle muß vielmehr mit lokalem Verständnis und warmem Herzen geprüft werden, in welcher Weise am besten für den einzelnen Kriegsbeschädigten mit der noch immerhin nicht allzu reichlich vorhandenen Mittel umgegangen werden kann und muß. Doch hierbei alle billigen Ansprüche berücksichtigen werden, dafür bürgt die Zusammenfassung der allenthalben bestehenden Ausschüsse der Kriegsbeschädigtenfürsorge, in denen über die Unterstützung der Kriegsbeschädigten beraten wird. In ihnen sind als alle Berufsstände und Vorkämpfer vertreten. Freilich, so reiche Mittel durch die Rubendorff-Spende jetzt auch zumangewandelt sind, so ist doch immer zu bedenken, daß die Zahl der Kriegsbeschädigten sehr groß ist und daß sie noch ständig zunimmt, daß ferner die Fürsorge für sie mit dem Friedensschlusse keineswegs ihr Ende erreicht hat, sondern daß sie danach vielfach noch härter in Anspruch genommen wird, wenn die im Feld erlittenen Schäden an ihrer Gesundheit genommen haben, alle in die Heimat zurückzuführen, und wenn Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch die Rückkehr der gesunden Arbeiter viel schärfer wird.

„Die Bereiterklärung genügt“.

Holländische Auffassung über Wilsons Antwort.

Haag, 10. Okt. Die holländische Presse urteilt übereinstimmend, daß Wilsons Antwort den Frieden nicht unmöglich mache. „Der Rhaberland“ betont, daß nach den Worten des amerikanischen Präsidenten die Gütlichkeitsbestrebungen der Welt erleichtert und die Möglichkeit abhängt, überall ihre Truppen aus den besetzten Gebieten zurückzuführen. Das holländische Blatt führt dann fort, die Bereiterklärung an sich genügt also. Stimmen also die Mittelmächte der Nämung zu, dann sollen, wie man aus Wilsons Antwort entnehmen darf, Besprechungen, das heißt, Friedensverhandlungen eröffnet werden.

Amsterdam, 9. Okt. „Allgemeine Handelsblatt“ schreibt zu der Note Wilsons: „Was die Möglichkeit von Friedensbesprechungen angeht, so ist die Antwort des Präsidenten Wilson in vorläufigem Geiste gehalten und gibt Hoffnung für die Zukunft. Eine zweite Frage ist die des Waffenstillstandes. Hier läßt die Antwort des Präsidenten die Möglichkeit offen, Besprechungen über die Friedensbedingungen zu beginnen, während indessen der Krieg fortbauert, wie es auch Burton feierlich vorgeschlag. Der Gedanke, daß man — im Falle der Annahme der Bedingungen für den Waffenstillstand — zur Friedenskonferenz mit willigen Händen kommen würde, wird wohl einiges Zaudern hervorgerufen. Wenn diesem Verlangen des Präsidenten Wilson nachgegeben wird, dann muß auch die Sicherheit bestehen, daß die Alliierten zu einer Konferenz kommen. Das vorläufige Ergebnis des Friedensschrittes der Mittelmächte ist in jedem Falle, daß direkte Besprechungen zwischen den Kriegführenden begonnen haben.“

Englische Zustimmung zu Wilsons Antwort.

London, 9. Okt. (Neutral). Die Abendblätter erklären ihre Übereinstimmung mit Wilsons Antwort und betonen, daß sie der Erfüllung des Wunsches der Deutschen sein werde.

„The Westminster Gazette“ sagt: „Wie können ohne Zaudern erklären, daß Wilsons Antwort die Hoffnungen und Erwartungen der Alliierten in Europa erfüllt. Der Präsident hat kurz und schlag gesprochen, er sagt alle wichtigen Streitfragen zusammen, die die Entscheidung darüber bringen werden, ob Frieden wird, oder ob der Krieg weiter geht. Wilson sagt: „Nehmt Wilsons Punkte an, gebt ihnen ihre eigene Hand zurück, gebt mir Sicherheit, daß ich zu freien Vertretern eines freien Volkes spreche und ich werde mit Euch verhandeln.“

„The Mail Gazette“ sagt: Wilson hat an den Prinzipien eine Antwort geliefert, die erwünscht wird, ob das deutsche Anschließen christlich gemeint ist. Wenn Prinz Max diese Bedingungen annimmt, so wird er sich damit von jeder

Das Glück der andern.

Original-Roman von Erich Ebenfeld.

39. Fortsetzung. Machbarkeits verboten.

Der Umstand, daß alle Dienstboten in den entferntesten Altschäftsbauuntergebracht waren und strengen Befehl hatten, das Herrenhaus nie ungerufen zu betreten, machte die Sache ja erklärlich. Die Wölbler war eben immer schon eine Spaldbürde gewesen.

Am einem trübem regnerischen Sonntag wurde Cochran unter dem Geleite der gesamten Nachbarschaft zu Grabe getragen.

Eine erdrückende Fülle herrlicher Krumengemeinde schmückte ihren Sarg und bewies, wie allgemein die Teilnahme an ihrem traurigen Geschick war.

Frau Rosenfeld und Modesta schienen beim Begräbnisse. Letztere rang, wie die Gräfin mit Tränen in den Augen beobachtete, in schwerem Herzenskummer mit dem Tode, und ihre Mutter hatte die Pflüge übernommen.

Gleich nach dem Begräbnisse fuhr Magnus nach Schönau, wo er eine lange Unterredung mit Harald Wölbler hatte, von deren Inhalt nicht einmal Tante Luise, die doch sonst in allem Haralds Perizante war, etwas erfahren konnte.

Wölbler hatte die letzten zwei Tage mit Baden und allerlei sonstigen Vorbereitungen für eine lange Reise verbracht. Es hieß, er wolle sich einer Fortschrittsreise nach Afrika anschließen.

Dann verbreitete sich plötzlich das Gerücht, Magnus Sandelsch wollte ihn begleiten, aber beide würden erst abreisen, wenn die vom Arzte für Modestas Leben kritisch bezeichneten Tage verstrichen seien.

Und wieder eines Tages fuhr die Gräfin Mirna, Besuche machend, von Haus zu Haus und verführte als erste die Reutinger:

„Wießen Sie schon? Die kleine Modesta Rosenfeld ist gerettet! Eben erfuhr ich es in Kettenegg. Morgen treten Sandelsch und Wölbler ihre Weltreise an, d. h. zunächst wollen sie, glaube ich, nach Ubbögia, wo die Milners noch sind. Und wissen Sie, was ich im stillen glaube? Daß die Gräfin Magnus hinsichtlich, damit er wieder ein blühendes Pflanz mit seiner Cousine Beate bekommt. Es war früher

gemachten Erklärung lasten, wenn er die Bedingungen zurückweist, wird er die Weltlosigkeit der Haltungen, die er Wilsons „Jahr“ zollt, zeigen.

„Globe“ sagt: Wilsons Antwort ist eine Urkunde, die trotz ihrer Kürze offenbar das Ergebnis sorgfältiger Überlegung ist.

„Evening Standard“ schreibt: In beachtender Sachlichkeit weist der demokratische Führer Americas das deutsche Kanzler auf die meisten Forderungen hin und fordert ihn auf, sich zu den drei grundlegenden Punkten zu äußern.

Die Friedensaktion und der Papst.

WTB. Bern, 9. Okt. Der römische Berichterstatter der katholischen „Italia“ meldet: Man habe Grund zur Annahme, daß das Angebot des Waffenstillstandes im Vatikan und beim heiligen Stuhl, dessen offenkundiger Wunsch es sei, das scharfsinnige Blutbad beendet zu sehen, einen großen Eindruck gemacht habe, und daß die neue diplomatische Phase des Konflikts mit lebhafter Aufmerksamkeit verfolgt wurde: „Observatore Romano“ bespricht den Vorschlag des Waffenstillstandes mit folgender kurzer Note: Daß die Entschlossenheit für die Aufrechterhaltung des Vorkrieges Zustimmern wollen, ist begreiflich, aber man könnte nicht verstehen, daß nach Erlangung einer solchen Gewißheit der Vorschlag nicht in Erwägung gezogen wurde, umsonst, als er mit der hochwichtigen Rede des Reichslanzlers zusammenfällt, welche zweifellos eine neue Epoche in der internationalen Politik einleitet.

Die Königswahl in Finnland.

Prinz Friedrich Karl von Hessen als finnischer König.

WTB. Helsingfors, 9. Okt. Nach einer Geheiminsignung, die um 1 Uhr mittags mit kurzer Unterbrechung die 9 Uhr abends dauerte, ist der Landtag auf Grund des Paragraphen 38 der Verfassung von 1772 zur Königswahl gesesselt. Die



Wahl erfolgte durch Affirmation, indem die Abgeordneten sich von ihren Sitzen erhoben. Die Agrarier und einige wenige Republikaner betreten durch Eigenleben, daß sie an der Wahl nicht teilnehmen. Durch diesen Beschluß des Landtages ist Prinz Friedrich Karl von Hessen zu einem König von Finnland gewählt und die Thronfolge seiner Nachkommen festgestellt. Das Landtagspräsidentium hat die sich aus diesem Beschluß ergebenden Maßnahmen zu treffen.

Die weiteren Wiener Beratungen.

WTB. Wien, 10. Okt. Wie die „Deutschen Nachrichten“ und die Korrespondenz Austria gemeinsam melden, fand heute eine zweite Aussprache unter den Vertretern aller deutsche

Parteien des Abgeordnetenhauses statt. In der von den Vertretern aller deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses statt, in der von den Vertretern der christlichsozialen Vereinigung die in der heutigen Sitzung gefasste Entscheidung vorgelegt wurde, die dann außer der bekannten Entscheidung der deutschen Sozialdemokraten und von dem Verband der deutschen Nationalen Parteien und von der deutschösterreichischen Vereinigung abgegebene Erklärung den Gegenstand der Beratung bildete. Es ergab sich volle Übereinstimmung in den grundsätzlichen Fragen. Die Beratungen, an denen Vertreter des Verbandes, der deutschen Nationalen Parteien, der christlichsozialen Vereinigung, der deutschsozialdemokratischen Partei, der deutschösterreichischen Vereinigung und der alldeutschen Vereinigung teilnahmen, werden fortgesetzt.

Verteidigungsminister Czapp über den Geist der österreichischen Armee.

Abgeordnetenhaus.

Wien, 9. Oktober. Im Laufe der Debatte erklärte Abgeordneter Angermann (poln. Volkspartei): In der nervenzerebralen Erwartung der Friedensnachricht drücken wir die Zuversicht aus, daß die allmächtige Gerechtigkeit unsere heilige Sache bald ordnen und alle freien Brüder in der Vorkämpferfamilie den übrigen gleichstellen wird. Gott schütze das vereinigte unabhängige Polen! (Lebhafter Beifall bei den Polen).

Der tschechische Agrarier Jahradnik vertritt das tschechische Nationalistische Programm und erklärt: Die Tschechen werden sich mit den Deutschen verständig einig machen, daß die Regierung durch die Annahme der Wilsonschen Punkte selbst den internationalen Charakter des österreichischen Abwehrprogrammes anerkennt hat. Der Redner lehnt das sozialdemokratische Föderationsprojekt ab.

Der Pole Bretter (wid) vertrat den Wiederaufbau des polnischen Staats unter Ausschließung der Angliederung der internationalen Gebiete.

Der Ukrainer Lemid beipflichtet die Frage des Wiederaufbaues Ungarns, verlangt Gutmachung der Schäden in den ukrainischen Gebieten und fordert volle territoriale und nationale Selbstbestimmung, vor allem die Rettung Galiziens.

Abgeordneter Angermann (poln. Volkspartei) vertritt das tschechische Programm und erklärt: Die Tschechen werden sich mit den Deutschen verständig einig machen, daß die Regierung durch die Annahme der Wilsonschen Punkte selbst den internationalen Charakter des österreichischen Abwehrprogrammes anerkennt hat. Der Redner lehnt das sozialdemokratische Föderationsprojekt ab.

Der Pole Bretter (wid) vertrat den Wiederaufbau des polnischen Staats unter Ausschließung der Angliederung der internationalen Gebiete.

Der Ukrainer Lemid beipflichtet die Frage des Wiederaufbaues Ungarns, verlangt Gutmachung der Schäden in den ukrainischen Gebieten und fordert volle territoriale und nationale Selbstbestimmung, vor allem die Rettung Galiziens.

Abgeordneter Angermann (poln. Volkspartei) vertritt das tschechische Programm und erklärt: Die Tschechen werden sich mit den Deutschen verständig einig machen, daß die Regierung durch die Annahme der Wilsonschen Punkte selbst den internationalen Charakter des österreichischen Abwehrprogrammes anerkennt hat. Der Redner lehnt das sozialdemokratische Föderationsprojekt ab.

Der Pole Bretter (wid) vertrat den Wiederaufbau des polnischen Staats unter Ausschließung der Angliederung der internationalen Gebiete.

Der Ukrainer Lemid beipflichtet die Frage des Wiederaufbaues Ungarns, verlangt Gutmachung der Schäden in den ukrainischen Gebieten und fordert volle territoriale und nationale Selbstbestimmung, vor allem die Rettung Galiziens.

Abgeordneter Angermann (poln. Volkspartei) vertritt das tschechische Programm und erklärt: Die Tschechen werden sich mit den Deutschen verständig einig machen, daß die Regierung durch die Annahme der Wilsonschen Punkte selbst den internationalen Charakter des österreichischen Abwehrprogrammes anerkennt hat. Der Redner lehnt das sozialdemokratische Föderationsprojekt ab.

Ein Beschluß der Christlich-Sozialen.

WTB. Wien, 10. Okt. Der Korrespondenz Austria zufolge fasste die christlichsoziale Vereinigung der deutschen Abgeordneten folgenden einstimmigen Beschluß:

Die christlichsoziale Vereinigung der deutschen Abgeordneten nimmt, indem sie das Selbstbestimmungsrecht der slawischen Nationen Oesterreichs anerkennt, das gleiche Recht auch für das deutsche Volk in Oesterreich in Anspruch und ist bereit, auf dieser Grundlage mit Vertretern der anderen Nationen über die Umwandlung Oesterreichs in eine Föderation freier nationaler Gemeinwesen zu verhandeln. Wir verlangen, daß sämtliche deutsche Gebiete Oesterreichs zu einem nationalen Gemeinwesen

konnte, suchte er Emmy auf, um zu sehen, ob auch sie ihn nicht vergessen konnte, wie sein Vater immer nur die gebürte.

Seine Faare wollten nicht über Weihnachten hinaus warten, und die Mutter gab ihnen recht.

Der Trauer wegen feierte man den Tag natürlich mit dem ersten Kreise. Die Frau in war auch gekommen, wie sie von der Gräfin in überbrachte doppelt bemerkt war, bei Rosenfelds bei jeder Gelegenheit ihre warme treue Freundschaft zu bewahren.

Am dem Tage, nachdem die beiden jungen Paare abgereist waren — Geras zu letzter Hochzeitzeit; nach dem Semmering, Kornells nach ihrem neuen Bestimmungsorte — war die Gräfin nach auf ein Pfänderständchen gekommen, ehe auch sie nach Kettenegg zurückkehrte.

„Wir Einsamen wissen nun doppelt zusammenhaften“, hatte sie gesagt. „Und darum müßt ihr mir, ehe ich Abschied nehme, auch versprechen, daß ich in diesem Sommer noch auf ein paar Wochen nach Kettenegg komme. Ich ertrage jetzt die Einsamkeit doppelt schwer.“

Wie denn? Ich? Ich auch noch den Sommer über in Afrika bleiben?“ fragte Frau Berta.

„Ich fürchte beinoch, daß er noch lange nicht an Helmke denkt. Wofern hat ja im letzten Augenblicke keine Beteiligung an der Expedition ausgegeben, wie ihr müßt, aber dafür ein großartiges Reisesprogramm entworfen. Jetzt ist es in Wien, dann reist sie nach London, dann nach Griechenland, Spanien und im Sommer auf die Insel Wight, wo sie wieder mit Milners zusammenstößt.“

Dies war alles, was Modesta in dieser ganzen langen Zeit von Magnus erzählt hatte.

„Ich fürchte beinoch, daß er noch lange nicht an Helmke denkt. Wofern hat ja im letzten Augenblicke keine Beteiligung an der Expedition ausgegeben, wie ihr müßt, aber dafür ein großartiges Reisesprogramm entworfen. Jetzt ist es in Wien, dann reist sie nach London, dann nach Griechenland, Spanien und im Sommer auf die Insel Wight, wo sie wieder mit Milners zusammenstößt.“

Dies war alles, was Modesta in dieser ganzen langen Zeit von Magnus erzählt hatte.

„Ich fürchte beinoch, daß er noch lange nicht an Helmke denkt. Wofern hat ja im letzten Augenblicke keine Beteiligung an der Expedition ausgegeben, wie ihr müßt, aber dafür ein großartiges Reisesprogramm entworfen. Jetzt ist es in Wien, dann reist sie nach London, dann nach Griechenland, Spanien und im Sommer auf die Insel Wight, wo sie wieder mit Milners zusammenstößt.“

Dies war alles, was Modesta in dieser ganzen langen Zeit von Magnus erzählt hatte.

„Ich fürchte beinoch, daß er noch lange nicht an Helmke denkt. Wofern hat ja im letzten Augenblicke keine Beteiligung an der Expedition ausgegeben, wie ihr müßt, aber dafür ein großartiges Reisesprogramm entworfen. Jetzt ist es in Wien, dann reist sie nach London, dann nach Griechenland, Spanien und im Sommer auf die Insel Wight, wo sie wieder mit Milners zusammenstößt.“

Dies war alles, was Modesta in dieser ganzen langen Zeit von Magnus erzählt hatte.

